



Universität Hamburg

Fakultät für Erziehungswissenschaft,
Psychologie und Bewegungswissenschaft
Fachbereich Erziehungswissenschaft

Fakultät EPB · FB Erziehungswissenschaft · Von-Melle-Park 8 · D-20146 Hamburg

An die Präsidentin der Universität Hamburg
Frau Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Auweter-Kurtz

An den Vorsitzenden des Hochschulrates
Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Albrecht Wagner

An die Senatorin
Frau Christa Goetsch, Präses der Behörde für Schule und Berufsbildung

An die Senatorin
Frau Dr. Herlind Gundelach, Behörde für Wissenschaft und Forschung

Hamburg, den 11. Oktober 2008

Sehr geehrte Frau Auweter-Kurtz,
sehr geehrte Frau Goetsch,
sehr geehrte Frau Gundelach,
sehr geehrter Herr Wagner,

am Ende eines intensiven, fakultätsinternen Diskussionsprozesses über das neue Budgetverteilungsmodell des Präsidiums der Universität möchte die Professorenschaft des Fachbereichs Erziehungswissenschaft an der Fakultät Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft ihre Sorge über die weitere Entwicklung des Fachbereichs Erziehungswissenschaft und vor allem der Lehrerbildung zum Ausdruck bringen. Damit soll das Dekanat in seinem Bemühen unterstützt werden, in Zusammenarbeit mit Präsidium und den zuständigen Behörden die Prämissen einer neuen Budgetverteilung in der Weise zu modifizieren, dass die Fakultät EPB auch künftig ihren Verpflichtungen gerecht werden kann, dass in Forschung und Lehre den wachsenden gesellschaftlichen Anforderungen an die Erziehungswissenschaft entsprochen werden kann und dass die Arbeitsbedingungen insbesondere am Fachbereich Erziehungswissenschaften den Standards angeglichen werden, die in anderen Bereichen der Universität als selbstverständlich gelten.

Auch wenn wir prinzipiell die Notwendigkeit sehen, vor dem Hintergrund des Hochschulpaktes und der geltenden Ziel- und Leistungsvereinbarungen die Mittelverteilung innerhalb der Universität zu überprüfen, sehen wir in den nun vorliegenden Verteilungsvorstellungen und Budgetkürzungsaufgaben eine substanzielle und irreversible Schwächung der Erziehungswis-

senschaft und der Lehrerbildung an der Universität und im Stadtstaat. Diese betrifft nicht allein die an dieser Fakultät Studierenden und Lehrenden, sondern sie stellt umfassend die Fähigkeit der Universität in Frage, verantwortlich und gestaltend an der Reform des Bildungswesens und der Lehrerbildung mitzuwirken.

1. Der Kontext

- 1.1 Die Universität ist seit Jahren unterfinanziert und gleichzeitig strukturell erneuerungsbedürftig. Die bei den notwendigen Reformen auftretenden Finanzierungsprobleme sind aber nicht durch Umverteilungen zu lösen. Gerade die Lehrerbildung steht vor der Aufgabe, mit ausgesprochen knappen Mitteln sowohl eine Strukturreform zu realisieren als auch durch die Reform der Lehrerbildung einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung des Bildungswesens zu leisten. Hier sollte es die Aufgabe der Universität Hamburg und der politisch Verantwortlichen sein, mit einem ausreichenden Budget die Bedingungen dafür zu schaffen, mit zukunftsweisenden Struktur- und Ausbildungskonzepten Bedingungen für die strukturelle und qualitative Erneuerung eines international kritisierten Bildungssystems zu schaffen.
- 1.2 Die Bundesrepublik und auch Hamburg steuern auf eine Phase des Lehrermangels zu. Es ist nicht nachvollziehbar, in einer solchen Situation die Zahl der Studienplätze der Lehramtsstudiengänge an einem gut nachgefragten und strukturell hervorragend entwickelten Standort einzufrieren. Es wäre im Gegenteil vom gesellschaftlichen Bedarf her angebracht, die Studienplätze in den Lehramtsstudiengängen aber auch in den Hauptfachstudiengängen Erziehungswissenschaft, Psychologie und Bewegungswissenschaft zu erhöhen. Im vorherigen politischen Senat galt die Überzeugung, dass jedes Bundesland wenigstens die Zahl der Lehrkräfte auszubilden habe, die das Land unabhängig von Wanderungsbewegungen benötigt. Wenn nun in Hamburg der Standortvorteil so interpretiert wird, dass genügend ausgebildete Lehrkräfte nach Hamburg kommen und sich diese Einstellung auch in anderen Ländern breit macht, werden wir in naher Zukunft in der Bundesrepublik insgesamt wie auch in Hamburg einen eklatanten Lehrermangel in allen Bereichen, aber vor allem im Bereich berufsbildender Schulen und in der Behindertenpädagogik haben.
- 1.3 Die budgetäre Umsetzung des neuen Mittelverteilungsmodells müsste in überschlägiger Rechnung im Fachbereich Erziehungswissenschaft zu einer Streichung von deutlich über 10 Professuren führen. Diese Streichungen würden auf der Basis eines für das Jahr 2012 entwickelten Stellenplans vorgenommen, der bereits über 30 Professuren in notwendige Mittelbaustellen umgewandelt hatte. Damit würde die disziplinäre Struktur der Erziehungswissenschaft zerstört, die Akkreditierung der Lehramtsstudiengänge gefährdet und das beispielhafte Hamburger Modell der Lehrerbildung wäre Vergangenheit. Hamburg verlöre zudem jede Attraktivität für Nachwuchswissenschaftler, so dass auch die bisherige Forschungsstärke des Fachbereichs Erziehungswissenschaft verloren ginge. Damit wäre zugleich eine Fakultät demontiert, die seit ihrer Gründung ganz hervorragend zusammengewachsen ist. Das zeigt sich in drei beachtlichen Forschungsschwer-

punkten der Fakultät, die mit Forschungsschwerpunkten der übrigen Fakultäten zunehmend stärker vernetzt sind.

- 1.4 Die Vorgaben des Verteilungsmodells sind im Rahmen des von der Fakultät bereits entwickelten Struktur- und Entwicklungsplanes nicht mehr umsetzbar, sie würden eine vollkommen neuen Funktions- und Strukturdefinition der Erziehungswissenschaft in Hamburg erfordern. Jeder Versuch, die Kürzungsaufgaben im Zuge laufender Stellenneubesetzungen durch ad hoc definierte „Streichlisten“ zu erfüllen, würde einen Rückfall in überwunden geglaubte Strategien des „Durchwurstelns“ bedeuten. Der unter Gesichtspunkten der Qualitätsverbesserung von Forschung und Lehre zielgeleitete Umbau würde auf diese Weise zu einem in seinen Folge- und Nebenwirkungen kaum zu kontrollierenden Abbruch der Erziehungswissenschaft und vor allem der Fachdidaktiken in Hamburg degenerieren.
- 1.5 Die neue Budgetverteilung trifft eine Fakultät, die seit ca. fünf Jahren intensiv bemüht ist, ihre Organisations- und Personalstruktur ziel- und kriteriengeleitet und im Kontext der mehrjährigen Bemühungen um eine Reform der Lehrerbildung weiterzuentwickeln. Der frühzeitig von der Fakultätsleitung eingeleitete und diskursiv vermittelte Restrukturierungsprozess führte unter verantwortlicher Beteiligung vieler Kolleginnen und Kollegen zu einem Struktur- und Entwicklungsplan 2012, der die disziplinären Strukturen des Fachbereichs Erziehungswissenschaft erhält und der die aus den neuen Vorgaben entstehenden Lehrbedarfe mit einem schonenden Einsatz von Studiengebühren abdeckt. Aus unserer Sicht verstößt der vom Präsidium gestaltete Prozess der Entwicklung des neuen Verteilungsmodells, in dem die Fakultät offensichtlich nur wenig Einflussmöglichkeiten auf die Justierung der Prämissen hatte, zwar nicht de jure, aber de facto gegen das Leitbild der Universität Hamburg, in dem es heißt: „Die Zusammenarbeit ihrer Mitglieder beruht auf Information und Transparenz, demokratischer Beteiligung und dem Willen zur Konfliktlösung.“
- Mit der Durchsetzung des neuen Budgetverteilungsmodells werden die in der Fakultät im Konsens geschaffenen Innovationsstrukturen weitgehend zerstört. Die Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zur Mitarbeit am Strukturwandel, zur Reform der Studiengänge und zur Übernahme von Verantwortung wird durch die jüngsten Ereignissen nachhaltig entmutigt. Die Folgen für die akademische Kultur, für die Identifikation mit unserer Universität und das Engagement in Fakultät und Universität sind unabsehbar.

2. Unser Appell

Wir appellieren an alle Verantwortlichen in der Universität und in den beiden betroffenen Behörden (Behörde für Schule und Berufsbildung und Behörde für Wissenschaft und Forschung) die Prämissen des Mittelverteilungsmodells zu überdenken und aus unserer Sicht notwendige Nachsteuerungen unter diskursiver Beteiligung der Fakultät vorzunehmen.

- 2.1 Wir halten es für dringend geboten, die durch die zusätzliche neunte Stunde aus Deputatserhöhungen in den Fakultäten gewonnenen Kapazitäten zur proportionalen Erhöhung der Anfängerplätze in den Fakultäten zu verwenden und sie nicht durch Stellenverlagerungen in andere Fakultäten dafür zu nutzen, unter der Hand die Gewichte zwischen den Fakultäten zu verlagern. Im Falle der EPB gibt es im Einklang mit dem Dohnany-Gutachten starke Gründe dafür, die Kapazitäten in der Lehrerbildung und auch in den Hauptfachstudiengängen der Fakultät zu erhöhen.
- 2.2 Die offensichtlich vom Präsidium im Einklang mit der BWF getroffene Entscheidung, für die „Erziehungswissenschaft“ in den Lehramtsstudiengängen die Curricularwerte gegenüber den bisherigen Regeln und den HIS-Vorschlägen zu reduzieren, können wir weder teilen noch nachvollziehen. Schon gar nicht verstehen wir, warum die HIS-Vorschläge offensichtlich für alle Studiengänge der Universität als Grundlage für die Festlegung der Curricularwerte herangezogen werden, nur nicht für die Lehramtsstudiengänge. Wie eine ambitionierte Reform der Lehrerbildung, wie eine Intensivierung der Betreuung der Studierenden in den neuen Bachelor- und Masterstrukturen bei gleichzeitiger Absenkung der Personalschlüssel für die Lehre gelingen soll, bleibt uns ein Rätsel
- 2.3 Die Absenkung der Curricularwerte für die Lehrerbildung hätte dramatische Konsequenzen für die Lehrerausbildung an der Universität Hamburg. Sie würde den Ausstieg der Universität aus der Reform der Lehrerbildung und die Preisgabe mühsam erarbeiteter Qualitätsstandards bewirken. Wir plädieren dafür, vor jeglicher Kürzung von Curricularwerten und Budgetzuweisungen deren Folgen inneruniversitär und im Austausch mit den betroffenen Behörden zu bewerten und erst aus einem solchen Bewertungsprozess heraus die sinnvollen Maßnahmen und den dafür notwendigen Zeitrahmen zu bestimmen. Die jetzige Forderung an die Fakultät, in zwei Jahren 1,5 Millionen an Sach- und Personalmittel einzusparen, ist aus unserer Sicht weder inhaltlich-konzeptionell verantwortbar noch verwaltungstechnisch umsetzbar. Zudem verstößt sie gegen alle Regeln einer verträglichen Systementwicklung.
- 2.4 Die Professorenschaft der Fakultät versteht weiterhin nicht, wie es bei einer Fortschreibung gravierender Ausstattungsunterschiede zu Lasten der Lehrerbildung mit dem neuen Verteilungsmodell möglich sein soll, „gerechte“ und strategisch bedeutsame Zukunftsentscheidung für alle Fakultäten zu ermöglichen. Wir vermissen politisch notwendige, auf Innovation und nicht auf die Stabilisierung vorhandener Ungleichheiten gerichtete Impulse bei der Gestaltung eines neuen Mittelverteilungsmodells.
- 2.5 Wir raten schließlich dringend davon ab, die Absicht weiter zu verfolgen, die Deckungslücke zwischen neuem Verteilungsmodell und Planungen der Fakultät durch Studiengebühren zu schließen. Damit würden aus unserer Sicht Grundbedarfe der Lehre und unabdingbare Kosten der notwendigen Vorhaltung disziplinärer Strukturen durch Studiengebühren finanziert. Statt der versprochenen Verwendung zur Verbesserung von Lehre und Studium würden die studentischen Beiträge dazu verwendet, die strukturellen Folgen einer problematischen Umverteilungspolitik abzufedern. Dies liefere allen politischen Beteuerungen im Zuge der Einführung der Studiengebühren zuwider und würde abseh-

bar zu massiven Protesten und Konflikten an der Universität und in der Öffentlichkeit führen.

Wir bitten alle an der Universität und für die Universität Verantwortlichen dringend darum, zu einer Kultur der diskursiven Klärung und Vermittlung notwendiger Entscheidungen zurückzukehren und in einem solchen Klärungsprozess zusammen mit unserem Dekanat zu den notwendigen Modifikationen am Modell zu kommen. Wir sehen es darüber hinaus als unsere Verantwortung an, alle Mitglieder der Universität, die politischen Entscheidungsträger der Stadt und die Öffentlichkeit über die Folgen der beabsichtigten Budgetkürzungen an der Fakultät zu informieren und eine breite öffentliche Diskussion darüber im Kontext der allenthalben proklamierten „Bildungsoffensive“ anzustoßen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Sektion 1:

gez. Prof. Dr. Ursula Neumann

gez. Prof. Dr. Christoph Koller

Für die Sektion 2:

gez. Prof. Dr. Johannes Bastian

gez. Prof. Dr. Sven Degenhardt

Für die Sektion 3:

gez. Prof. Dr. Tade Tramm

gez. Prof. Dr. Peter Faulstich

Für die Sektion 4:

gez. Prof. Dr. Petra Hüttis-Graff

gez. Prof. Dr. Astrid Müller

Für die Sektion 5:

gez. Prof. Dr. Gabriele Kaiser

gez. Prof. Dr. Günter Krauthausen

Für die Professorenschaft des

Fachbereichs Erziehungswissenschaft:

gez. Prof. Dr. Wolfram Weiße

gez. Prof. Dr. Helene Decke-Cornill